

Abstract:

Sozialwissenschaftliche Grundlagen zu den Konzepten „Kindeswohl, Familie und Elternschaft“ im Fortpflanzungsmedizingesetz

Die vorliegende sozialwissenschaftliche Expertise besteht in der Auswertung und Diskussion einer systematischen Literaturrecherche zu den Themen Kindeswohl, Familie und Elternschaft im Schweizerischen Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG).

Das FMedG und die dazu gehörende Botschaft setzen für die Gewährleistung des Wohls von Kindern, die mit Unterstützung fortpflanzungsmedizinischer Verfahren entstehen, auf folgende Bedingungen: Das Kind soll in stabilen Familienverhältnissen aufwachsen. Als Eltern kommen nur heterosexuelle Paare in Frage. Für eine Befruchtung mittels Spermien spende muss das behandelte Paar verheiratet sein. Genetisch und sozial gesplattene Mutterschaften werden mit den Verboten zu Eizellen- und Embryonenspende ausgeschlossen. Für Kinder, die mittels Spermien spenden gezeugt wurden, besteht ab dem Zeitpunkt ihrer Mündigkeit die Möglichkeit auf behördlichem Weg Informationen über ihre biologische Abstammung zu erhalten. Eine fortpflanzungsmedizinische Behandlung ist verboten, wenn die Lebensumstände des künftigen Kindes erkennbar mit schwerwiegenden gesundheitlichen, psychischen oder sozialen Risiken belastet sind. Zudem ist im Vorfeld, während und nach einer fortpflanzungsmedizinischen Behandlung eine psychologische Beratung anzubieten.

Die untersuchten gesellschaftlichen Entwicklungen und empirischen Erkenntnisse legen nahe, die Parameter und Vorgaben für die Gewährleistung des Kindeswohls im Rahmen einer Gesetzesrevision in grundsätzlicher Weise zu aktualisieren. Dabei sollten insbesondere folgende Empfehlungen eine Abbildung im Gesetz finden:

Empfehlung 1: Gewichtung der sozialen Elternschaft

Die soziale Elternschaft ist zeitgemässer abzusichern als bisher und unabhängig vom Geschlecht sowie für jeden Zivilstand zu stärken. Praktisch bedeutet dies, dass die bestehende Vielfalt von Familienformen und Familienbiografien anzuerkennen ist. Der Schutz vor prekären und stigmatisierenden Umständen ist für jedes Kind und alle beteiligten Elternteile von Beginn der Schwangerschaft hoch zu gewichten.

Empfehlung 2: Gewichtung der Information und Partizipation unmündiger Kinder

Die bisherigen Informationsrechte von Kindern vor deren Mündigkeit sollen erweitert und die kindlichen Informationsbedürfnisse adäquater als bisher berücksichtigt werden. Die künftigen Eltern sollen frühzeitig und wiederholt auf die Wichtigkeit hingewiesen werden, die einem kontinuierlichen und altersgemässen transparenten Umgang mit Fragen die

Abstammung und Zeugung betreffend zukommt. Sie sollen ferner im Umgang mit entsprechenden Rechten und Bedürfnissen betroffener Kinder unterstützt werden.

Empfehlung 3: Notwendigkeit von Evaluation und Rechtstatsachenforschung

Die gesetzlich vorgeschriebene psychologische Beratung vor, während und nach fortpflanzungsmedizinischen Verfahren soll im Sinne einer Rechtstatsachenforschung und im Sinne der Qualitätssicherung retro- und prospektiv untersucht werden. Realisierte Beratungen sollen evaluiert und der Beratungsbedarf praxisnah erforscht werden. Zudem bedürfen die bisher vorhandenen Forschungsergebnisse zum fortpflanzungsmedizinisch unterstützten Übergang in die Elternschaft, sowie zum Wohl der so entstandenen Kinder, der Vertiefung und Erweiterungen.

Heidi Simoni, 18. Januar 2013